



Silvan Wegmann zur Woche.

Gastbeitrag von **Martin Grichting**

Die Kirche sollte sich politisch zurückhalten

Die Nachricht: In zwei Wochen stimmen die Schweizer über die Unternehmenssteuerreform III und die erleichterte Einbürgerung für Ausländer der dritten Generation ab. Die katholische Kirche gibt keine Abstimmungsempfehlungen dazu ab.

Der Kommentar: In den Wochen vor der Abstimmung vom 12. Februar über «Unternehmenssteuerreform III» und erleichterte Einbürgerung fragen die Medien öfters, was die katholische Kirche dazu sage und ob sie eine Abstimmungsempfehlung herausgebe.

Gleichzeitig wird man vom derzeit grassierenden Trump-Fieber schon fast genötigt, Alexis de Tocquevilles Klassiker «Über die Demokratie in Amerika» zur Hand zu nehmen. 1835 und 1840 in zwei Bänden erschienen, ist dieses Werk wieder von Aktualität, sogar wenn es um die «USR III» und die Einbürgerung geht, jedenfalls dann, wenn die Haltung der Religionsgemeinschaften zu solchen Fragen im Raum steht.

Tocqueville hat auf seiner Entdeckungsreise durch die Vereinigten Staaten eine religiöse Welt angetroffen, die sich vom alten Kontinent erheblich unterschied: Während in Europa politisch gängelte Staatskirchen den Ton angaben, herrschte in Amerika religiös - wie auch wirtschaftlich und weltanschaulich - der freie Markt. Es lebten in der Neuen Welt viele religiös und politisch verfolgte aus Europa, die nun in Freiheit ihren Glaubensüberzeugungen nahefeiern wollten. Daraus resultierte eine Situation, wie sie heute auch unsere Gesellschaft prägt: Pluralismus und freie Religionsausübung in einer Gesellschaft von Gleichen.

In den USA beobachtete Tocqueville, «wie in Zeiten der Aufklärung und der Gleichheit der menschliche Geist nur widerstrebend bereit war, dogmatische Glaubenshaltungen anzunehmen, und nur in religiösen Dingen ein lebhaftes Verlangen danach empfand». Religiöse Bevormundung in diesseitigen Fragen kam also, gerade aufgrund der europäischen Vorgeschichte, wo solches an der Tagesordnung gewesen war, schlecht an. Es liess Tocqueville erkennen, dass unter den Bedingungen des Pluralismus «die Religionen sich innerhalb der ihnen zugewiesenen Grenzen einer grösseren Zurückhaltung befehligen müssen, dass sie nicht versuchen sollen, diese zu überschreiten». Würden sie nämlich ihre Autorität über die religiösen Dinge hinaus ausdehnen, liefen sie Gefahr, «in keiner Sache Glauben zu finden». Die Religionsgemeinschaften müssten deshalb sorgsam den Kreis abstecken, innerhalb dessen sie für die Gläubigen eine Autorität sein wollten und jenseits dessen sie die Menschen sich selbst überlassen sollten. Das Evangelium spreche ja auch nur von den allgemeinen Beziehungen der Menschen zu Gott und untereinander. Ausserhalb dessen lehre es nichts und verpflichte zu keinem Glauben.

Es fällt schwer, hier nicht vorgezeichnet zu sehen, was die katholische Kirche im II. Vatikanischen Konzil (1962-1965) festgehalten hat. Den Klerikern schrieb es den Respekt vor der Freiheit der Gläubigen in politischen Fragen ins Stammbuch: «Die gerechte Freiheit, die allen im irdischen bürgerlichen Bereich zusteht, sollen die Hirten sorgfältig anerkennen.» Auch der Kirche, die in ihrer Geschichte leider oft genug



Martin Grichting
ist Generalvikar des Bistums Chur.

«Deshalb bedarf es heute kirchenamtlicher Zurückhaltung in konkreten politischen Fragen, nicht nur bei den Abstimmungsvorlagen vom 12. Februar, sondern generell. Das ist kein Ausdruck von Weltvergessenheit oder Resignation.»

religiöse Vollmacht missbraucht hatte, um diesseitige Ziele zu erreichen, war nun klar geworden, dass bei komplexen politischen Fragen - vom christlichen Standpunkt aus betrachtet - meist mehrere Antworten möglich sind. Und so erklärte das Konzil: «Oftmals wird gerade eine christliche Schau der Dinge ihnen [den Gläubigen] eine bestimmte Lösung in einer konkreten Situation nahelegen. Aber andere Christen werden vielleicht, wie es häufiger, und zwar legitim, der Fall ist, bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der gleichen Frage zu einem anderen Urteil kommen.»

Deshalb bedarf es heute kirchenamtlicher Zurückhaltung in konkreten politischen Fragen, nicht nur bei den Abstimmungsvorlagen vom 12. Februar, sondern generell. Das ist kein Ausdruck von Weltvergessenheit oder Resignation. Vielmehr zeigt sich darin Klugheit, zu der schon Tocqueville geraten hat.

In Amerika scheint sich kirchliche Selbstbescheidung ausgezahlt zu haben. Die öffentliche Meinung sei den Priestern nicht feindlich gesinnt, stellte er fest. Sie stütze und schütze sie eher. Und ihre Glaubenslehren seien als geistliche Autorität respektiert. Es wäre deshalb auch hierzulande zu überlegen, ob sich die Religionsgemeinschaften nicht in grösserer politischer Zurückhaltung üben sollten. Denn einseitige politische Stellungnahmen vergraulen viele Gläubige, die legitimerweise andere politische Überzeugungen haben. Politisierende Religionsvertreter schwächen wider Willen ihre Religion. Sie provozieren, wie Tocqueville festgestellt hat, dass Religionen in keiner Sache mehr Glauben finden.

Die Teilzeit-Elite wird scheitern



Yannick Nock
Nachrichtenredaktor

Die Nachricht: Drei Viertel aller Studenten arbeiten neben ihrem Studium. Der Schweizer Studierendenverband fordert deshalb, dass alle Abschlüsse in einem Teilzeitpensum möglich sein müssen.

Der Kommentar: Teilzeit-Pensen gehören heute zum Berufsleben wie Hörsäle zur Universität. Es ist deshalb verständlich, dass auch Studenten mehr Flexibilität fordern, besonders wenn sie dadurch ihr Studium finanzieren können. Das ist nicht der einzige Vorteil: Ein Nebenerwerb fördert die Eigenleistung sowie die Eigenverantwortung. Und Erfahrung erleichtert nach Bachelor- und Master-Abschluss den Einstieg in die Arbeitswelt. Ein Teilzeit-Studium flächendeckend einzuführen, wäre trotzdem falsch. Zwei Ausnahmen müssen bleiben: die ETH Zürich und Lausanne. Sie nehmen einen Sonderstatus ein, zählen sie doch zu den besten Hochschulen der Welt. Sie stehen nicht in Konkurrenz mit Bern oder Basel, sondern mit den Elite-Unis der USA und Grossbritanniens. Wer mit den Silicon-Valley-Nerds aus Stanford oder den Tech-Genies des MIT mithalten will, schafft das nicht nebenbei. Was Top-Studenten leisten, ist im Teilzeitpensum undenkbar. Es ist wie im Sport: Die besten Tennisspieler der Welt arbeiten nicht zu 40 Prozent als Kellner, sie hätten im Feld der Weltelite keine Chance.

Das soll einen Hochschulabschluss samt Nebenjob nicht abwerten. Im Gegenteil: Beides unter einen Hut zu bringen, ist nicht selbstverständlich. Nur sollte die Spitze, die ein bis fünf Prozent der Studenten, andere Ansprüche ins Auge fassen: Sie müssen sich international behaupten. Hier könnte die Schweiz einen Trumpf ausspielen, indem sie die kantonalen Stipendienbestimmungen lockert und die Besten finanziell absichern würde. Denn in Amerika haben Harvard- oder Stanford-Studenten nach ihrem Abschluss nicht nur ein Elite-Diplom, sondern wegen der horrenden Studiengebühren oft auch einen Schuldenberg. Das müssen wir unseren Studenten ersparen.

yannick.nock@schweizamsonntag.ch

Der richtige Film zur richtigen Zeit



Benno Tuchschnid,
Stv. Leiter Ressort Kultur

Die Nachricht: «Die Göttliche Ordnung» ist der erste Schweizer Spielfilm, der den Kampf ums Frauenstimmrecht thematisiert. Das Werk von Regisseurin und Drehbuchautorin Petra Volpe wurde gleich sieben Mal für den Schweizer Filmpreis nominiert. Unter anderem in den Kategorien bestes Drehbuch und bester Film.

Der Kommentar: «Die göttliche Ordnung» ist eine sanft erzählte Geschichte mit einer kraftvollen Botschaft: Frau hat genug. Genug davon, keine Stimme zu haben. Genug davon, eine Bürgerin zweiter Klasse zu sein. Genug davon, nur mit der Erlaubnis ihres Mannes arbeiten zu dürfen. Nora, die von Marie Leuenberger gespielte Hauptprotagonistin, kämpft gegen die herrschende Männermacht, bis diese einlenkt. Das ist eine Geschichte, die auch 2017 noch wirkt. Gerade 2017, muss man leider sagen. «Die göttliche Ordnung» mag visuell eine Zeitreise in eine vergangene Schweiz sein - thematisch bewegt sich der Film sehr nahe an der Aktualität. In den USA ist ein Präsident an der Macht, dessen Frauenbild sich von jenem der stumpfenrauchenden Appenzeller aus den frühen 70er-Jahren kaum unterscheidet. Die Aufschrei-Debatte des letzten Jahres hat gezeigt, dass sexuelle Übergriffe für Frauen immer noch Alltag sind. Arbeiten dürfen Frauen heute zwar, ohne um Erlaubnis zu fragen, aber bei der Frage nach gleicher Bezahlung stoppt der Fortschritt auch 2017.

Ja, «Die Göttliche Ordnung» ist erschreckend aktuell. Die Millionen Frauen, die nach der Inauguration von Donald J. Trump in den USA demonstrierten, kämpfen noch immer für das Gleiche wie Nora und ihre Mitstreiterinnen aus Trogen. Schon jetzt ist klar: «Die Göttliche Ordnung» wird weit über die Grenzen hinausstrahlen. Er wird global vertrieben. Zu Recht. Denn der Film erzählt zwar eine schweizerische Geschichte, aber eine mit universeller Gültigkeit - und höchster Dringlichkeit.

benno.tuchschnid@schweizamsonntag.ch